

Woher kommt der „Drohnenwall“?

Zum Narrativ des Schutzes mittels Drohnen

von Franz Enders

Als Ursula von der Leyen im Rahmen des EU-Gipfels am 1. Oktober 2025 vor die Öffentlichkeit trat und die Einrichtung eines gegen Russland gerichteten „Drohnenwalls“ ankündigte, erregte sie mit diesem futuristisch anmutenden Konzept einiges an Aufsehen. Doch selbst für Personen, die sich viel mit Fragen von digitaler Aufrüstung befassen, ist kaum nachvollziehbar, was genau dieses Vorhaben beinhaltet, woher die Pläne kommen und was überhaupt technisch umsetzbar ist. Dieser Text soll einen groben Überblick über den Verlauf der Debatte und den Stand der Dinge geben.

Dass ein Drohnenwall an der NATO-Ostflanke gegen Russland zum Einsatz kommen sollte, wurde das erste Mal im Mai 2024 von der litauischen Innenministerin Agnė Bilotaitė angekündigt. Die Ankündigung eines „Baltic Drone Walls“, der von Norwegen bis Polen reichen sollte, war zu diesem Zeitpunkt allerdings noch recht unkonkret, ebenso sein Anwendungsgebiet. Genannt werden in den wenigen verfügbaren Artikeln aus dem Jahr 2024 die Bereiche Verteidigung gegen militärische Aggression aus Russland und Belarus sowie Migrations- und Schmugglerbekämpfung. Dabei wird das Projekt im Wesentlichen als Überwachungs- und Drohnenbekämpfungsinitiative vorgestellt. Kurze Zeit später kündigte Gundbert Scherf, CEO des Drohnen- und Militärsoftware-Startups Helsing aus München, gemeinsam mit der damaligen estnischen Premierministerin Kaja Kallas den Aufbau einer Helsing-Niederlassung in der Hauptstadt Tallinn an, um die Verteidigung der NATO-Ostflanke zu unterstützen und mit eigenen Produkten zu bereichern. Bis 2027 will Helsing dort 70 Millionen Euro investieren und scheint damit einige in Estland ansässige und in diesem Bereich tätige Unternehmen auszumanövrieren.

Die nächsten Meldungen rund um den Drohnenwall: Im März 2025 lehnte die EU einen 12 Millionen Euro umfassenden Finanzierungsantrag der baltischen Staaten ab – allerdings wohl nicht aus grundsätzlicher Abneigung, sondern weil man größere Pläne hatte, spekuliert German Foreign Policy.* Davon unbeirrt verfolgten die baltischen Staaten dieses Projekt nun auf eigene Faust weiter.

Drohnen als „intelligentes Minenfeld“?

Etwa zur gleichen Zeit erscheint ein Strategiepapier aus den Reihen der deutschen Rüstungs-Startup-Lobby unter dem sprechenden Namen „SPARTA“. Zwar ist auch hier noch nicht ganz klar, was man sich unter so einem Drohnenwall vorzustellen hat, dafür wird in der parallel losgetretenen Medienkampagne von eben jenen Akteuren an Ausführungen nicht gespart. So wird Helsing Gundbert Scherf in zahlreichen Artikeln mit der Forderung nach einem Drohnenwall zitiert, der als eine Art intelligentes Minenfeld gegen feindliche Soldat*innen eingesetzt werden soll, welches eigene Streitkräfte unbehelligt lässt. Hier liegt der Fokus nun nicht mehr auf Aufklärung, sondern auf autonom agierenden Drohnenschwärmen, die algorithmusgesteuert und mindestens teilautonom ihre (menschlichen) Ziele erfassen und ausschalten. Dieser Drohnenwall soll, so die Behauptung, wesentlich personalsparender und kostengünstiger sein als herkömmliches Kriegsgeschütz und dieses weitgehend überflüssig machen. Dafür schlug Helsing in branchentypischem Größenwahn die Beschaffung von zehn- bis hunderttausenden Drohnen eigener Bauart vor.

Kritik an dieser Art von Technologiefetischismus ließ nicht lange auf sich warten – und kam nicht nur aus notorisch rüstungskritischen Reihen, sondern auch von der Aufrüstung durchaus wohlgesonnenen Stellen, die die Machbarkeit solcher Konzepte in Frage stellten. So kritisierte das Militärmagazin „Hartpunkt“ die Drohnenwall-Debatte im April 2025 als populistisch und realitätsfern – schon allein deshalb, weil schlechte Witterungsbedingungen den „Drohnenwall“ vorübergehend unbrauchbar machen würden und die Grenzen somit ungeschützt ließen. Außerdem wurde an einigen Stellen die technische Machbarkeit einer so umfassenden Schwarmsteuerung hinterfragt.

Von solcherlei kritischen Stimmen unbeirrt kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang Oktober 2025 die Realisierung eines Drohnenwalls an, der sich – nun, etwas seriöser klingend, „European Drone Defence Initiative“ (EDDI) genannt – nicht mehr

nur über die NATO-Ostflanke, sondern über die gesamte EU erstrecken sollte. Die EDDI soll bereits 2026 im ersten Stadium einsatzbereit und 2027 fertiggestellt sein. Offizieller Auslöser für diese Ankündigungen waren Berichte über angebliche durch Russland verursachte Luftraumverletzungen durch Drohnen. Von einem fliegenden intelligenten Minenfeld war hier nun allerdings keine Rede mehr, stattdessen ging es um Drohnenabwehr durch eigene Drohnen sowie den Aufbau von Monitoringsystemen – wohlgerne auf Basis äußert dünner Beweislast, dass Russland tatsächlich für die ständig beklagten angeblichen Drohnensichtungen verantwortlich ist und nicht verirrte Hobbydrohnenpiloten (oder auf Großaufträge spekulierende deutsche Drohnenproduzenten).

Erfolgreiche Lobbyarbeit

Bemerkenswert ist dabei nicht nur das geflissentliche Ignorieren einer breit geteilten Skepsis bezüglich eines solchen Vorhabens, sondern auch der Umstand, dass gleich zwei Protagonist*innen der EU-Kommission in Verbindung zum deutschen Hauptprofiteur Helsing stehen. Die bereits erwähnte Kaja Kallas ist nun nicht mehr estnische Premierministerin, sondern EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin. Präsidentin der EU-Kommission ist Ursula von der Leyen, die im Zusammenhang mit der sogenannten „Berateraffäre“ seit 2018 immer wieder Schlagzeilen macht. Ebenfalls zentral in

diesem Komplex: Gundbert Scherf, damals militärischer Berater im Verteidigungsministerium unter von der Leyen, heute CEO von Helsing. Dass nun die EU-Kommission den Drohnenwall zu ihrer „höchsten Priorität“ erklärt, dürfte den hiesigen Drohnenbauern verlässliche Aufträge sichern (erste Großaufträge zur Überwachung der NATO-Ostflanke wie die sogenannte „URANOS-KI“ gingen in diesem Rahmen bereits an Helsing, Quantum Systems und andere), auch wenn er mit dem ursprünglich aus der Industrie vorgeschlagenen Konzept scheinbar nicht mehr viel zu tun hat.

Den unersättlichen Rüstungschefs ist das allerdings erwartungsgemäß nicht genug: Während Scherf umfassendere Drohnenbeschaffungen als bisher geplant fordert, betont Florian Seibel, Gründer von Quantum Systems und Stark Defence, die Bedeutung des Aufbaus umfassender Produktionskapazitäten und mischt sich dementsprechend ebenfalls aktuell stark in die Drohnenwall-Debatte ein. So oder so: Mit der voranschreitenden Aufrüstung gegen Russland brauchen sich die alten und neuen Rüstungskonzerne der BRD keine Sorgen um ihre ökonomische Zukunft zu machen.

* The Drone Crisis (II), [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com/en/news/analysis/2025/10/01/the-drone-crisis-ii/), 1.10.2025.

Ukraine: „Battlefield Laboratory“

Im IMI-Standpunkt 2026/24 zur „Ökonomie des Drohnenkrieges“ wurde auch die Rolle der Ukraine als Testfeld für neue Waffensysteme hervorgehoben: „Das hatte der damalige ukrainische Minister für digitale Innovation und heutige Verteidigungsminister Mykhailo Fedorov bereits im ersten Jahr des Krieges genauso angekündigt: ‚Our big mission is to make Ukraine the world’s tech R&D lab.‘ (Red.: ‚Unsere große Mission ist es, die Ukraine zum technologischen Forschungs- und Entwicklungszentrum der Welt zu machen.‘) Wieder und wieder lud er westliche Rüstungsunternehmen ein, ihre Systeme im Krieg in der Ukraine zu testen und weiterzuentwickeln.“

Mit erstaunlicher Offenheit wird das mittlerweile auch in der (wirtschaftsnahen) deutschen Presse so geäußert, gestern etwa in einem Beitrag bei handelsblatt.com: „Vor allem Investoren sehen in der Ukraine zunehmend eine Art „battlefield laboratory“, in dem neue Technologien – von Drohnen bis KI-Anwendungen – unter Gefechtsbedingungen entwickelt und getestet werden, und das in kürzester Zeit. Die Lesart, dass die Ukraine vom Bittsteller zum Fortschrittstreiber wird, setzt sich auch in Berlin durch.“

Am selben Tag berichtete u.a. n-tv.de über eine Ansprache des ukrainischen Präsidenten Selenskyj, wonach sich aus „der großen Waffenexpertise, die das Land in den vier Jahren Krieg gegen Russland gewonnen habe“, „Exportmöglichkeiten“ ergäben, „um die Finanzen des Landes aufzubessern“. In manchen Bereichen würde mehr produziert, als man selbst für den anhaltenden Krieg bräuchte, teilweise bestünden 50% Überkapazität. Während die Ukraine also selbst Waffen – genannt werden immer wieder Drohnen – ins Ausland exportiert, werden weiter aus den Haushalten westlicher Verbündeter Waffen bezahlt und an die Ukraine geliefert. Für viele ein einträgliches Geschäftsmodell, das ein Anhalten des Krieges aus ihrer Sicht profitabel erscheinen lässt. Insbesondere der Aufstieg Deutschlands – des in finanzieller Hinsicht größten Unterstützers der Ukrainischen Armee und Rüstungsindustrie – zu einem führenden Hersteller kampferprobter Kamikazedrohnen und Kampfroborer wäre ohne ihn kaum denkbar gewesen. Das tragische ist v.a., dass in diesem Krieg weiter täglich Menschen sterben und die Umwelt zerstört wird. (cm)